englisch-russisch-französischen Entente aufgefaßt. Der Temps bringt die Mitteilung, daß Präsident Fallières gelegentlich seiner skandinavischen Reise einen Besuch in den russischen Gewässern zu machen beabsichtigt, und daß diese Absicht in Rußland willkommen geheißen wird. Auch soll der Zar, wie der Temps hofft, diese Visite im Herbst erwidern, wenn er den König Eduard in London aufsucht. Der Temps weist auf die friedliche Art der Verständigung zwischen den drei Mächten mit folgenden Worten hin: „Diese Entente verfolgt keinen geheimen Plan. Das Gleichgewicht in Europa ist ihr einziger Zweck. Es ist überflüssig, die furchtbare militärische Macht zur See und auf dem Lande zu erwähnen, über die eine solche Entente disponieren könnte. Wenn diese drei Mächte über ihre Verteidigungsmittel sorgsam wachen, sind sie unangreifbar."

Petersburg, 22. Mai. Die gesamte Residenzpresse, ohne Unterschied der Parteirichtung, erblickt in der bevorstehenden Revaler Monarchen-Entrevue einen hochbedeutsamen politischen Vorgang. Nowoje Wremia sagt: Die Zusammenkunft bedeutet ein neues Glied der Festigung zwischen der größten See- und der größten Landmacht. Aus diesen Gliedern wird eine Kette geschmiedet, die durch historische Mißverständnisse lange zerrissen war. Slowo sagt: Die gegenwärtige Zeit hat von den anglo-russischen diplomatischen Problemen Mazedonien und Afghanistan in den Vordergrund gerückt. Rußlands Unterstützung durch England im nahen Osten sowie Englands durch Rußland in Afghanistan werden zur Lösung beider Krisen verhelfen, was von historischer Bedeutung ist für die künftigen gegenseitigen Beziehungen. In gleichem Sinne äußert sich die Rjetsch. Die deutsche Petersburger Zeitung erblickt in der Entrevue eine neue Besiegelung des im vorigen Jahre begründeten neuen russisch-britischen Verhältnisses. Danach erscheine die Hoffnung berechtigt, daß die politischen wie wirtschaftlichen Interessen Rußlands nicht mehr dem prinzipiellen Widerstand Englands begegnen werden.

Paris, 22. Mai. Die Aurore schreibt: „Schon lange heult man uns mit dem Dreibund die Ohren voll, **jetzt spricht man vom dreifachen Einvernehmen**. Dieses ist **vollkommen friedlich. Hinter dem Dreibund bemerkt man immer trotz aufrichtigster Beteuerungen blitzende Bajonette und blanke Kanonen.** Das dreifache Einvernehmen ist **das Bündnis für den Weltfrieden.** Wir denken nicht an die Möglichkeit des Krieges, davon kann gegenwärtig nicht die Rede sein. Es ist aber Tatsache, daß es jetzt irgendwo eine Gruppe gibt, die uns übelgesinnt ist und deren höchste Freude es wäre, **wegen Marokko eine nichts weniger als friedliche Stimmung zu schaffen.** Eine **Franzosenfresserpartei** führt einen **Franzosenfresserfeldzug**, dessen Heftigkeit glücklicherweise eine starke Beimischung von Lächerlichkeit hat. Hohen Orts, davon sind wir überzeugt, nimmt ihn niemand ernst. Es schadet aber nichts, daß gleichzeitig die laute Bekundung des dreifachen Einvernehmens erfolgt. Was immer geschehe, wir haben Freunde, die mit uns wachen, natürlich nur über den Frieden."

Deutsches Reich.

Eulenburg.

München, 22. Mai. Seit gestern früh 8 Uhr vernimmt im hiesigen Justizpalast der Berliner Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Schmidt in Anwesenheit eines Vertreters des **Fürsten Eulenburg** eine große Anzahl Zeugen. Die Vernehmung dauerte gestern bis nachts 10¾ Uhr. Vernommen wurden bisher speziell die von Harden neuangeführten Zeugen, darunter sämtliche frühere Bedienstete des Fürsten Eulenburg, alle hier weilenden **Mitglieder der Liebenberger Tafelrunde**, darunter Baron Wendelstadt aus Neubeuren und mehrere Adlige, ferner der frühere Gesandtschaftsprivatsekretär des Fürsten Eulenburg Hofrat v. Kistler mit Gemahlin, der städtische Hausmeister Dandl, das Kanzleipersonal des Justizrats Bernstein nebst den Anwälten Justizrat Löwenfeld und Prager. Weiter hätten vernommen werden sollen Oberlandesgerichtsrat Mayer und Justizrat Bernstein, sowie der Milchhändler Riedel, deren Vernehmung aber auf Montag verschoben wurde. Am Montag wird außer diesen Vernehmungen eine Augenscheinnahme sämtlicher vom Fürsten Eulenburg damals innegehabten Wohnungen vorgenommen. Heute und morgen erfolgt die Vernehmung der Starnberger Zeugen.

In den Vernehmungen bekundeten einzelne Zeugen auch Neues zur Sache Moltke. Ein Mitglied der Liebenberger Tafelrunde aus Bayern bekundete, daß es sich die übertriebene Freundlichkeit in Briefen von Eulenburg als „ideale Freundschaft" ausgelegt habe.

München, 22. Mai. Die Untersuchung des Landgerichtsrats Schmidt, der sich seit gestern hier aufhält, bewegt sich nach zwei Richtungen. Zunächst sollen einige Personen über die Glaubwürdigkeit der Zeugen Ernst und Riedel vernommen werden, und schließlich jene Zeugen, die nachweisen können, daß die Bekundungen Riedels richtig sind.

Die Untersuchungen über die Glaubwürdigkeit der Zeugen Ernst und Riedel ist nach den Ergebnissen der Münchener Verhandlung wohl durchaus überflüssig.

•

Berlin, 22. Mai. **An eine Ueberführung des Fürsten Eulenburg von der Charité nach dem Untersuchungsgefängnis kann nach der Mitteilung einer Berliner Korrespondenz „zunächst" gar nicht gedacht werden. Das Befinden des Fürsten in der Charité hat sich keineswegs gebessert, sondern es ist im Gegensatz zu anders lautenden Meldungen eine Verschlimmerung eingetreten. Die in letzter Zeit gerade häufig auftretenden Schwäche- und Ohnmachtsanfälle haben seinen Zustand ungünstig beeinflußt.**

•

Der Schloßpark des Fürsten Eulenburg in Liebenberg war bekanntlich kurz vor der Verhaftung des Fürsten für das Publikum vollständig gesperrt worden. Diese Anordnung wurde damals offenbar in erster Linie zu dem Zwecke getroffen, um den Zutritt von Kriminalbeamten zur näheren Umgebung des Schlosses möglichst zu verhindern. Da sich nach der Verhaftung des Schloßherrn keine Kriminalbeamten mehr in Liebenberg aufhalten, hat die Schloßverwaltung sich entschlossen, die Sperre teilweise wieder aufzuheben. In den Zeitungen der dortigen Gegend befindet sich die folgende Bekanntmachung: „Liebenberg. Der Schloßpark ist bekannten Personen wieder geöffnet, aber nur gegen Einlaßkarten, die in der Schloßgärtnerei zu haben sind."

München, 22. Mai. **Fürst Eulenburg ließ, wie berichtet, seine Villa durch einen Häuservermittler zum Verkauf ausbieten.** Nun hat sich **ein Käufer gefunden.** Auf seine Anfrage aber ließ ihm Eulenburg mitteilen, daß er die Villa nicht verkaufe, „da er jetzt hierzu keine Veranlassung mehr habe".

Zur „Reform" der Arbeiterversicherung.

Berlin, 22. Mai. Ueber den Stand der Vorarbeiten zur Reform der Arbeiterversicherung erfährt die N. P. C., daß das Reichsamt des Innern den Bundesregierungen bereits vor längerer Zeit verschiedene grundlegende Fragen mit der Bitte um Prüfung und Beantwortung vorgelegt hat. Die Aeußerungen der Bundesregierungen werden voraussichtlich bis Ende Juni eingegangen sein. Auf Grund dieser Aeußerungen wird man an die Ausarbeitung eines Reformplanes herantreten. Am 11. Juni wird Besprechung über die Krankenkassenfrage im Reichsamt des Innern stattfinden.

Die Offenbacher Verleumdungshetze.

Im Offenbacher Abendblatt erlassen die Genossen Stadtmüller und Falke folgende Erklärung:

„Von Herrn Stadtverordneten Theodor Boehm ist in der Stadtgarten-Versammlung vom 15. Mai laut Bericht der Offenbacher Zeitung behauptet worden, zwei frühere sozialdemokratische Stadtverordneten hätten ihre Eigenschaft als Stadtverordnete benutzt, um beim Bezug von Koks aus der Gasanstalt Profite zu gewinnen. In der gestrigen Nummer der Offenb. Ztg. nennt Herr Boehm die Unterzeichneten als jene früheren Stadtverordneten, um die es sich handle. Wir erklären dazu, daß wir beide längst vor unserem Eintritt in die Stadtverordnetenversammlung Koks von der Gasanstalt bezogen haben und daß diese Geschäftsverbindung in derselben Weise auch während unserer Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt worden ist. Diese Geschäftsverbindung hat mit unserer Eigenschaft als Stadtverordnete nie etwas zu tun gehabt, und erst recht nicht ist diese Stadtverordneteneigenschaft ein Mittel zu eigennützigen Zwecken gewesen. Um die Tatsachen in einwandfreier Weise zur Feststellung zu bringen, haben wir sofort gegen Herrn Boehm Beleidigungsklage eingeleitet. In gleicher Weise klagen wir gegen die Offenb. Ztg., die sich die Behauptungen des Herrn Boehm zu eigen gemacht hat."

Unzweifelhaft Urkundenfälschung und Betrug . . .

Wie die Agrarier sich von den Verpflichtungen zu drücken suchen, die ihnen die soziale Gesetzgebung auferlegt, das beweist folgende Bekanntmachung des Landrats des Kreises Fischhausen in der Nummer 29 des Fischhausener Kreisblattes, die folgenden Wortlaut hat:

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen hat bei dem Herrn Regierungspräsidenten zur Sprache gebracht, daß eine Anzahl der nach Ziffer 1 der Ministerial-Anweisung vom 17. November 1899 mit dem Umtausch und der Erneuerung von Quittungskarten betrauten **Amts- und Gutsvorsteher** in ihren Obliegenheiten sich **erhebliche Unregelmäßigkeiten** hat zuschulden kommen lassen. So ist eine große Anzahl von Quittungskarten, welche nach Ausweis der Aufrechnungsbescheinigungen bei den genannten Stellen zum Umtausch abgeliefert sein mußten, erwiesenermaßen bei der Versicherungsanstalt bisher nicht eingegangen. **In allen Fällen handelte es sich um Quittungskarten der eigenen Leute der betreffenden Guts- und Amtsvorsteher**, so daß die Vermutung nahe lag, es sei die Verwendung der fälligen Beitragsmarken für die fraglichen Personen überhaupt unterblieben und lediglich die Ausfertigung der Aufrechnungsbescheinigungen erfolgt, um sowohl der Versicherungsanstalt, wie auch den Versicherten gegenüber den Nachweis über Entrichtung der Beitragsmarken führen zu können. Durch ein solches Vorgehen gehen der Landesversicherungsanstalt zahlreiche Beiträge verloren, außerdem liegt aber, wenn diese Handlungen in rechtswidriger Absicht begangen werden, **unzweifelhaft Urkundenfälschung und Betrug** im Sinne des Strafgesetzes vor. Dieser Tragweite einer solchen Handlungsweise sind sich die Inhaber von Aufrechnungsstellen jedenfalls **nicht genügend bewußt.** Unter Hinweis auf Ziffer 16 der oben angeführten Ministerialanweisung, die in der Sonderbeilage zu Stück 51 des Amtsblatts für 1899 abgedruckt ist, mache ich sämtlichen Aufrechnungsstellen des diesseitigen Kreises die sorgfältigste Aufbewahrung und pünktliche Einsendung der umgetauschten Quittungskarten zur Pflicht.

Wie werden sich die Herren Staatsanwälte zu der Bekanntmachung des Herrn Landrats stellen? Es ist doch wohl auch in Ostpreußen selbstverständlich, daß die Andeutung, angeblich seien sich die betreffenden Amts- und Gutsvorsteher der Tragweite ihrer Gesetzesverletzung („unzweifelhaft Urkundenfälschung und Betrug"!!) nicht genügend bewußt, kein Grund ist, von einem Einschreiten abzusehen.

Kapital und Unsittlichkeit.

w. **Braunschweig**, 21. Mai. (Korrespondenz der Dresdner Volkszeitung.) Der Braunschweiger Volksfreund gab im Februar dieses Jahres ein Referat des Angestellten des Textilarbeiterverbandes, Genossen König, wieder, in welchem eine Anzahl Meister und Vorarbeiter der Braunschweiger Jutespinnerei beschuldigt wurden, freche, unsittliche Angriffe gegen die Arbeiterinnen zu vollführen. Ein Aufseher, Jägermann, fühlte sich beleidigt. Das Referat und der Artikel waren der Ausfluß der schändlichsten Mißhandlung der Arbeiterinnen an ihrer Frauenehre. Länger wie ein Jahrzehnt sind Schamlosigkeiten über Schamlosigkeiten an der Frauenehre der Arbeiterinnen von Vorgesetzten verübt worden. Eine Arbeiterin ist von einem solchen Wüstling 1116 mal körperlich gebraucht worden. Sie war zu schwach, als Arbeiterin sich ihrem Peiniger zu entziehen. Eine andere Frau hat in ihrer Wohnung die Besuche des Herrn Aufsehers dulden müssen. Das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis ließ sie dulden. Die frechsten Reden, Handgreiflichkeiten und Beschimpfungen sind in dem Spinnereibetriebe nichts Seltenes, wobei Arbeiterinnen, auch die verheirateten, mit „Du" angerufen wurden. Diejenigen Beamten, denen unter Namennennung die schwersten Vorwürfe gemacht worden sind, haben nicht geklagt. Es blieb, um endlich der sittlichen Verwahrlosung der Arbeiterinnen in dem großen Betriebe Einhalt zu tun, nichts übrig als die Flucht in die Oeffentlichkeit. Der Unterhaltungston in dem großen Betriebe muß nach den Zeugenaussagen, auch nach denen der Beamten, ein geradezu demoralisierender unter den Arbeiterinnen sowohl, als zwischen diesen und den Beamten sein. So standen denn am Donnerstag auch nicht unsere Genossen, sondern die Betriebszustände unter Anklage vor Gericht. Es wurde durch Zeugen bewiesen, daß der Privatkläger den ihm unterstellten Arbeiterinnen gegenüber höchst zweideutige, unanständige Reden geführt hat, die hier nicht wiederzugeben sind. Es zeigte sich, daß die Fabrik geradezu eine Zuchtstätte der Prostitution ist.

Und trotzdem wurden Genosse König zu 50 M. und Genosse Wesemeier als Preßsünder zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Alle Welt, und nicht zum wenigsten die bürgerliche Gesellschaft, jammert über die zunehmende Sittenlosigkeit und schreit nach Staatsanwalt und Polizei. Hier fassen Sozialdemokraten den Stier bei den Hörnern, und rüsten allen Ernstes den Kampf gegen die kapitalistische Ausnutzung der Frauenehre aufzunehmen. Und gleich findet sich ein Richter, der erklärt, daß solche volksverwüstenden Sachen die Oeffentlichkeit nichts angehen, und der die Sozialdemokraten empfindlich verurteilt!

In der Plenarsitzung des Bundesrats am Donnerstag wurde dem Gesetzentwurfe über die Feststellung eines vierten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1908 (Ostmarkenzulagen) in der vom Reichstage beschlossenen Fassung und dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Bergwerksbesteuerung die Zustimmung erteilt. Annahme fanden ferner die Vorlage wegen Herabsetzung des Brennsteuervergütungssatzes von 6 M. auf 5 M., die Vorlage über Aenderung der Zollordnung für den Kaiser-Wilhelm-Kanal und der Zollregulative für die Unterelbe und Unterweser und auch die Vorlage wegen Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Schaumweinsteuergesetze.

Die Entwürfe über die Gehaltsreform der Reichs- und Staatsbeamten, über die Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses und der Servicegelder, ferner die über die Beseitigung des Steuerprivilegs sind vom Reichsschatzamte und dem Finanzministerium so weit fertiggestellt, daß einschneidende Aenderungen kaum noch Platz greifen werden. Für Reichszwecke verlangen die Entwürfe über 70½ Million, für die preußischen Beamten etwa 130 Millionen. **Die Entwürfe werden nicht veröffentlicht werden.** Dem Bundesrat gehen sie erst im Herbst zu, wenn die Entwürfe über die Finanz- und Steuerreform fertiggestellt sind. Wie verlautet, sollen auch die Beamten, die in der allgemeinen Gehaltsform nicht berücksichtigt sind, für den Fortfall des Steuerprivilegs in der Höhe der mehrzuzahlenden Steuerbeträge entschädigt werden.

Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Colmar-Czarnikau-Filehne ist auf den 30. Juni festgesetzt worden.

Zum Reichsvereinsgesetz fehlen für die Stadt Erfurt bis heute noch die Ausführungsbestimmungen. Niemand weiß bisher, in welcher Weise die Versammlungsanmeldungen erfolgen müssen, obgleich das neue Vereinsgesetz schon seit einer Woche in Kraft ist.

Der Gebrauch der polnischen Sprache bei öffentlichen Versammlungen ist auf Grund des neuen Vereinsgesetzes in der Provinz Westpreußen nur in sechs Landratskreisen gestattet, und zwar sind das im Regierungsbezirk Danzig die Kreise Preußisch-Stargard, Carthaus, Putzig, und im Regierungsbezirk Marienwerder die Kreise Löbau, Strasburg, Tuchel. In den übrigen 22 Kreisen darf nur deutsch gesprochen werden.

Gegen das Urteil der Strafkammer in Karlsruhe in dem Beleidigungsprozeß des Fräuleins Olga Molitor wird der Chefredakteur Herzog von der Badischen Presse Revision einlegen.

Auf ein Tarif-Kuriosum macht ein Leser der Zeitschrift des Vereins deutscher Eisenb.-Verw. aufmerksam, nämlich auf die Tatsache, daß es im ganzen Deutschen Reiche keine Fahrkarte zum Preise von 60 Pf. gibt. Bei diesem Betrage tritt bekanntlich die Fahrkartensteuer in Kraft, deren Mindestsatz 5 Pf. ist. Eine Fahrkarte zu 60 Pf. kostet also 65 Pf. Der Einsender fragt nun im Hinblick auf die Praxis, auf 5 und 10 Pf. abzurunden: Ist es nun richtig, in solchen Fällen, in denen der kilometrische Fahrpreis den Betrag von 60 Pf. nicht erreicht, durch Aufrundung einen tatsächlichen Fahrpreis von 60 Pf. herzustellen, der dann steuerpflichtig ist? Das könne nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben. Verfasser greift die vielbefahrene Strecke Heidelberg—Mannheim = 19 Kilometer heraus. Das Kilometer zu 3 Pf. gerechnet ergibt einen Fahrpreis von 3 × 19 = 57 Pf.; dieser wird auf 60 Pf. aufgerundet, und dann tritt die Fahrkartensteuer mit 5 Pf. hinzu, macht — statt 57 — 65 Pf. Nimmt man an, daß nur 200 Personen diese Strecke täglich benutzen, so macht das eine Mehrausgabe von 11 680 M. jährlich aus.

Dernburg-Geschäfte?

Wie die Korresp. Woth erneut meldet, sollte Staatssekretär **Dernburg** beabsichtigen, in Kapstadt mit der kapländischen Regierung in Verhandlungen über den eventuellen **Ankauf der Walfischbai zu treten, die von der englischen Kolonialverwaltung der deutschen erst jüngst in London wieder angeboten worden sei. Dernburg wolle die Bai gegen Geldentschädigung wohl erwerben, sei aber gegen den von England gewünschten Ländereaustausch am Caprivi-Zipfel.** — Auf eine Anfrage im Reichskolonialamt wird dem B. T. dazu folgendes mitgeteilt:

„Von einer Absicht des Staatssekretärs Dernburg, die Walfischbai zu erwerben, ist hier bis zur Stunde nichts bekannt. Daß wir die Bai, wenn sie uns eines Tages einmal von den Engländern angeboten werden sollte, annehmen würden, ist ja nicht ausgeschlossen. Bestände aber eine solche Absicht für absehbare Zeit, so wäre die Kolonialverwaltung wohl nicht erst mit der Hafenbauvorlage für Swakopmund vor den Reichstag getreten, einer Vorlage, die vom Parlament nur abgelehnt wurde, um eine noch genauere und sicherere Durcharbeitung ihrer marinebautechnischen Projekte zu ermöglichen. Wir brauchen also die Walfischbai kaum, eben weil wir Swakopmund haben."

Die Swakopmund-Herrlichkeit ist so wenig verlockend, daß das stolze Wort: „Wir brauchen also die Walfischbai kaum" überall nur stille Heiterkeit wecken wird.

Kleine politische Nachrichten. Der Pariser Kassationshof hat die Berufung des Schiffsfähnrichs Ullmo verworfen. — Die Unruhen in Cleveland dauern fort. Am Donnerstag wurden wieder mehrere Straßenbahnwagen durch Dynamit zerstört, zehn Personen wurden verletzt. In der Nähe von Neuyork wurde eine neue Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. — Berichte aus Schanghai melden, daß die Boykottbewegung gegen die japanischen Produkte in Südchina noch immer größere Ausdehnung gewinnt. Es heißt, die japanische Regierung habe den Organisatoren der Bewegung das Angebot gemacht, die Summe, die für die Beschlagnahme des Tatsu-Maru in Japan ausbezahlt wurde, in Form von Geschenken zurückzuerstatten, die für wohltätige Zwecke Verwendung finden sollen; ferner solle der japanische Konsul, der Vermittler der japanischen Forderungen gewesen ist, zurückberufen werden. — In der Provinz Chöngsang (Korea) hatten japanische Besatzungstruppen am 19. Mai mit koreanischen Insurgenten ein ernstes Gefecht. Die Japaner hatten 5 Tote und 8 Verwundete und die Insurgenten 25 Tote.

Die Teuerungszulage für Monarchen.

Ach, solch' ein staatliches Oberhaupt
Hat größere Sorgen, als man glaubt,
Und muß sich sehr nach der Decke strecken,
Es fehlt und mangelt an allen Ecken.
Da hat er Mühe, sich einzuschränken,
Und an Sparen ist wohl nicht zu denken.
Ad 1. Die Wohnung in bester Lage!
Und die Mieten steigen mit jedem Tage!
Viel tausend Zimmer hat er zu heizen
Und darf mit Holz und Kohlen nicht geizen.
Was kostet die Pflege vom Exterieur?
Das Abonnement bei dem Hoffriseur?
Die Wäscherechnung ist unergründlich,
Er wechselt die Hemden doch viertelstündlich!
Was kosten die Schirme und Marschallstöcke?
Die roten, grünen und blauen Röcke?
Millionen Strümpfe und Unterhosen,
Parfüms von Veilchen, exotischen Rosen?
Und dann — ich sag' es unverhohlen —
Was reißt ein Monarch an Stiefelsohlen?
Er tritt majestätisch zu jeder Zeit
Mit der ganzen Wucht der Persönlichkeit!
Des weiteren braucht er unendlich viele
Elektrokutschen und Automobile,
Denn meistens muß ein Monarch sich sputen!
Da saust er die Meile in zwei Minuten
Durch Städte, Wiesen, Weiler und Wälder
Das kostet ganz gewaltige Gelder!
Auch muß er doch oft eine Krone kaufen!
Wer kann mit dem alten Hute stets laufen?
Und ist diese Krone mit Seide gefuttert!
Dann werden an tausend Taler verbuttert!
Meist wird er sich auch spendabel zeigen,
Wenn die Untertanen zum Gruße sich neigen.
Auch hier ist in wahrhaft horrender Weise
Das Kilo Orden gestiegen im Preise.
Dann all die Brillanten, kaum zu erschwingen,
Und meistens darf er nur echte bringen!
Auch muß er Dichter und Maler bezahlen,
Die teils ihn besingen, teils ihn bemalen.
Auch plastische Künstler muß er besolden, —
Die in Lebensgröße den Herrscher vergolden.
Drum kann man wirklich den Potentaten
Auf alle Fälle nur dringend raten,
Daß sie solidarisch darauf besteh'n:
Die Monarchengehälter sind zu erhöh'n!

Kladderadatsch